



458498/15

Die freiheitlichen Bezirksräte stellen folgenden

Antrag

betreffend: Schwedenplatz

Die Bezirksvertretung wolle beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wien wird ersucht, hinsichtlich der Vorgaben für die geplante Umgestaltung des Schwedenplatzes dafür aus, daß einerseits

alle bisherigen verkehrstechnischen Anforderungen im vollen Umfang (keine Reduktion der Fahrspuren) weiterhin abgewickelt werden können und andererseits

ein allfälliger Wettbewerb insofern ergebnisoffen gestaltet wird, als Möglichkeiten zu einer großzügigeren Lösung mit Überbrückung/Absenkung des Verkehrsbereiches nicht von vorneherein ausgeschlossen werden.

Weiters sind die Ansprüche der Anrainer auf Reduktion der von den Geschehnissen auf dem Schweden- und Morzinplatz ansässigen ‚Szene‘ samt Alkoholversorgung durch die Tankstelle aber auch des Taxistandplatzes usw. ausgehenden Belastungen auf die angrenzenden Wohnviertel zu berücksichtigen.

Schließlich sind die Pläne der Bezirksbevölkerung im Rahmen einer Volksbefragung vorzulegen.

Begründung:

In letzter Zeit wurden nicht nur seitens verschiedener Parteien Ideen für die Neugestaltung des Schwedenplatzes propagiert, sondern auch seitens des Planungsressorts Vorbereitungen für einen internationalen Gestaltungswettbewerb getroffen, indem die Vorgaben des ‚Leitbildes‘ konkretisiert werden sollten.

Im Zuge dieses Prozesses stellte sich allerdings heraus, daß einerseits die verkehrstechnischen Rahmenbedingungen so gesteckt werden sollen, daß zumindest eine durchgehende Fahrspur entfallen würde, was im Hinblick auf die nicht gerade seltenen Stausituationen am Franz-Josefs Kai zum programmierten Chaos führen würde.

Außerdem wurde bekannt, daß die gestalterischen und vor allem finanziellen Vorgaben so eng gesteckt werden sollen, daß praktisch nur mehr eine optische Gestaltung nicht aber grundlegend neue Ideen kompatibel sind und insbesondere jegliche Vorhaben, die eine Überbrückung/Überplattung des Verkehrsbandes und damit ein Heranrücken der Stadt an den Donaukanal ermöglichen könnten, unmöglich werden.

Damit stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Wettbewerbs an sich und nach der Ernsthaftigkeit der diesbezüglichen Vorhaben der Rot-Grünen Rathauskoalition im Besonderen, denn während das ‚grüne‘ Planungsressort mit dem Projekt ideologische Auto-Raus-Politik und eine minimalistische und rein optische Behübschung des Platzes vorbereitet, propagiert der Koalitionspartner SPÖ vor der Wahl ein Ende der Staupolitik und ein großzügiges Überplattungsprojekt für den Schwedenplatz, was definitiv inkompatibel und im Ergebnis

zwangsläufig unbrauchbar ist, somit den Stillstand an diesem zentralen Ort prolongieren würde. Genau dies darf jedoch im Interesse von Stadtgestaltung und Bewohnern nicht geschehen.

Ergebnis: gegen die Stimmen der FPÖ von ÖVP, SPÖ Grünen und WIR abgelehnt.